

Verschärfung des Waffengesetzes kein Allheilmittel - Spitzengespräch zum Waffenrecht zwischen Jagd- und Schützenverbänden sowie der CDU-Landtagsfraktion

Eine Versachlichung der Diskussionen über das Waffenrecht forderten einhellig die Teilnehmer eines Spitzengesprächs zwischen führenden Vertretern der Landes-schützenverbände und des Landesjagdverbandes sowie Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion.

„Eine Verschärfung des Waffenrechts wird in der öffentlichen Diskussion häufig mit einem vermeintlichen Allheilmittel für ein Mehr an Sicherheit gleichgesetzt“, sagte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Stefan Mappus nach dem Treffen in Stuttgart. „Sechs Novellen in sieben Jahren zeigen, dass das Waffengesetz zu einer beliebten Spielwiese für politischen Aktionismus geworden ist“, so Mappus weiter. Dieser diene jedoch meist nicht der Sicherheit, sondern drohe stattdessen Jäger und Schützen zu Unrecht zu stigmatisieren. Dadurch werde nicht zuletzt die wichtige und erfolgreiche Jugendarbeit der Schützen- und Jagdverbände unnötig erschwert, sagte Mappus.

Die Verbandsvertreter begrüßten den offenen Dialog mit der CDU-Landtagsfraktion und nutzten die Gelegenheit, um ihre Kritik an den jüngsten Änderungen des Waffenrechts zu formulieren. So sei insbesondere die Verschärfung der Bedürfnisprüfung nicht praxistauglich. Insbesondere wurde bemängelt, dass Jäger und Schützen, die aus beruflichen oder persönlichen Gründen ihr Hobby einige Zeit ruhen ließen, alle Waffen abgeben müssten. Für die neuerdings von den unteren Verwaltungsbehörden durchgeführten verdachtsunabhängigen Kontrollen der Aufbewahrung von Waffen, mahnten die Verbandsvertreter hochqualifizierte Kontrolleure an. Nicht nachvollziehbar sei, dass gesetzestreue Waffenbesitzer für solche verdachtsunabhängigen Kontrollen auch noch zahlen sollen.

Die Vertreter der CDU-Landtagsfraktion zeigten Verständnis für die dargelegten Standpunkte und sagten zu, den begonnen Dialog fortzuführen. „Wir werden die Erkenntnisse des Gesprächs in die Beratungen von Bund und Ländern einfließen lassen, wenn es um eine das Waffengesetz konkretisierende Verwaltungsvorschrift geht“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion Hans Heinz MdL. Die CDU-

Fraktion werde darauf achten, dass die bundesgesetzlichen Vorgaben darin sachgerecht umgesetzt und dann mit Augenmaß vollzogen werden, versicherte Heinz.



Von links: Peter Bleich, 1. Landesschützenmeister SB SV; Helmut Glaser, Präsident BDS Landesverband B-W; Stefan Mappus, CDU Fraktionsvorsitzender und designierter Ministerpräsident B-W; Dr. Jörg Friedmann, Landesjagdverband B-W; Hannelore Lange, Landesoberschützenmeisterin WSV; Manfred Nessel, Landesschützenmeister BSV; Otto Hemberger, 1. Stv. Landesschützenmeister BSV; Dr. Dieter Deuschle, Landesjagdverband B-W